

PRESSEMITTEILUNG 02/2017
des Würzburger Flüchtlingsrats vom 14.05.2017
- zur sofortigen Veröffentlichung -



Geschäftsstelle

Jürgen Heß
Augustinerkloster
Dominikanerplatz 2
97070 Würzburg

Tel.: +49 175 2182164
info@wuerzburger-fluechtlingsrat.de
www.wuerzburger-fluechtlingsrat.de

Presseerklärung des Würzburger Flüchtlingsrats
zur Resolution des Würzburger Stadtrats vom 11.05.2017
für eine Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan

Der Würzburger Flüchtlingsrat begrüßt die Entscheidung des Würzburger Stadtrats vom 11.05.2017, sich mit einer eigenen Resolution für eine Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan auszusprechen. Wenn auch nur mit knapper Mehrheit beschlossen, zeugt dieser Beschluss doch von einem Verständnis für die Situation afghanischer Geflüchteter, die an der inhumanen Abschiebepolitik der Bundes- und der Bayerischen Staatsregierung psychisch zu zerbrechen drohen.

Abschiebungen nach Afghanistan sind ein politischer und menschlicher Skandal. Laut einem UNHCR-Bericht für das Jahr 2016 hat sich die Situation in Afghanistan rapide verschärft: die innerstaatlichen bewaffnenden Konflikte haben sich weiter ausgebreitet und die Zahl der zivilen Opfer gehen weit in die Tausende. Über 700.000 aus dem Iran und aus Pakistan vertriebene Rückkehrer treffen auf Binnenvertriebene in einer Rekordhöhe von 530.000 Personen. Auch Amnesty International lehnt aufgrund der schlechten und sehr instabilen Lage Abschiebungen nach Afghanistan ab. Die Menschenrechtsorganisation hält es für unmöglich, die Sicherheit von zurückgeführten Afghanen zu gewährleisten.

Der Würzburger Flüchtlingsrat ermutigt die Vertreter der Stadt Würzburg, darauf hin zu wirken, dass der Beschluss des Stadtrats vom 11.05.2017 auf die Agenda des Bayerischen Städtetags gesetzt wird. Von diesem kommunalen Spitzengremium ausgehend, muss gemeinsam mit anderen, die dem Beispiel von Würzburg und München folgen mögen, die Bayerische Staatsregierung dazu bewegt werden, die Praxis der Abschiebungen nach Afghanistan umgehenden einzustellen.

Dr. Zimmermann, unter anderem auch für die Ausländerbehörde der Stadt zuständig, erklärt im Main Post-Artikel „Afghanistan: Keine Abschiebung“ vom 13.05.2017: „Wir haben 141 afghanische Flüchtlinge im Einzugsbereich der Stadt. Keiner ist von Abschiebung betroffen.“ Dieser Darstellung muss der Würzburger Flüchtlingsrat rückblickend auf die bisherige Abschiebepaxis widersprechen: Tatsächlich wurden bereits beim zweiten Abschiebeflug nach Kabul im Januar 2017 in Würzburg lebende Geflüchtete abgeschoben. Sollte sich diese Aussage von Dr. Zimmermann auf zukünftige Abschiebungen bezogen haben, begrüßt der Würzburger Flüchtlingsrat diese Zusicherung des Abschiebeverzichts. Deren tatsächliche Umsetzung werden wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.